

LiesMich.



Informationsdienst der Rhein-Erft SPD | 21.04.2016

Mitreden & Mitmachen:

Eure Ideen für das NRW-Wahlprogramm?



NRWSPD veranstaltet „Themenwerkstatt“ am 30. April in Bergheim

Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle haben in einer Woche die Gelegenheit, den Kurs unserer Landespartei mit zu gestalten und zu diskutieren. Ein Jahr vor der Landtagswahl 2017 veranstaltet die NRWSPD am Samstag, 30.04.2016, ab 10:00 Uhr, im Medio Rhein-Erft (Konrad-Adenauer-Platz 1, 50126 Bergheim) die „Themenwerkstatt“ für die Region Mittelrhein. Alle Parteimitglieder sind dazu eingeladen. Auf Eure Ideen kommt es an! Jede und Jeder hat die Chance mitzudiskutieren und eigene Ideen einzubringen. Mit dabei sind auch unser NRWSPD-Generalsekretär André Stinka MdL, der Vorsitzende der SPD Region Mittelrhein, Sebastian Hartmann MdB und der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Marc Herter MdL.

Gerade für unsere Region, die vom Strukturwandel betroffen ist, ist die Themenwerkstatt eine große Chance, unsere Anliegen in den Prozess für die Gestaltung des Landtagswahlprogramms einzubringen und uns einzumischen. Der Strukturwandel in unserem Rhein-Erft-Kreis muss auch durch die Landespolitik weiterhin unterstützt und mitgetragen werden. Auf den folgenden Seiten schildern wir Euch einige Beispiele, die zeigen, warum es wichtig ist, unsere Region voranzudenken.

Das müssen wir jetzt auf Ebene unserer Landespartei zum Thema machen. Seid dabei und redet mit! Anmeldungen sind erbeten unter: <http://anmeldung-nrwspd.de/themenwerkstattm> Die Anmeldefrist wurde über den 22. April hinaus verlängert!

Gemeinsam den Strukturwandel vorandenken!

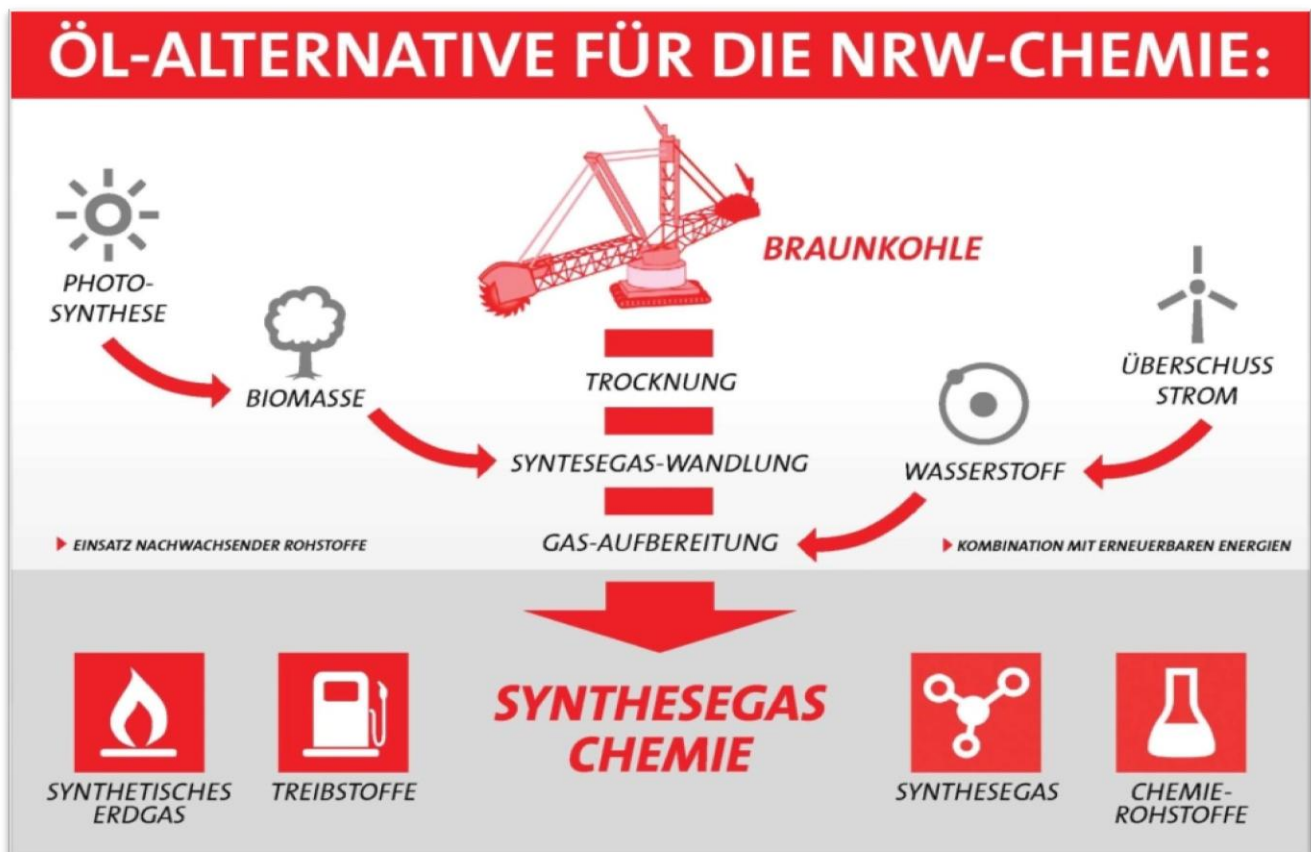
Liebe Genossinnen und Genossen,

derzeit erleben wir gewaltige Veränderungen in der Energiewirtschaft. Erneuerbare Energien haben mittlerweile einen Marktanteil von über 30% am Strom-Markt. Das bedeutet, dass wir politisch aufhören müssen, so zu tun, als ob hier weiter ein „Welpenschutz“ notwendig wäre. Immer mehr Energie produzieren, egal ob es Nachfrage gibt oder nicht, und in kritischen Situationen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, gar nichts zur Energieversorgung beizutragen – das ist keine Lösung!

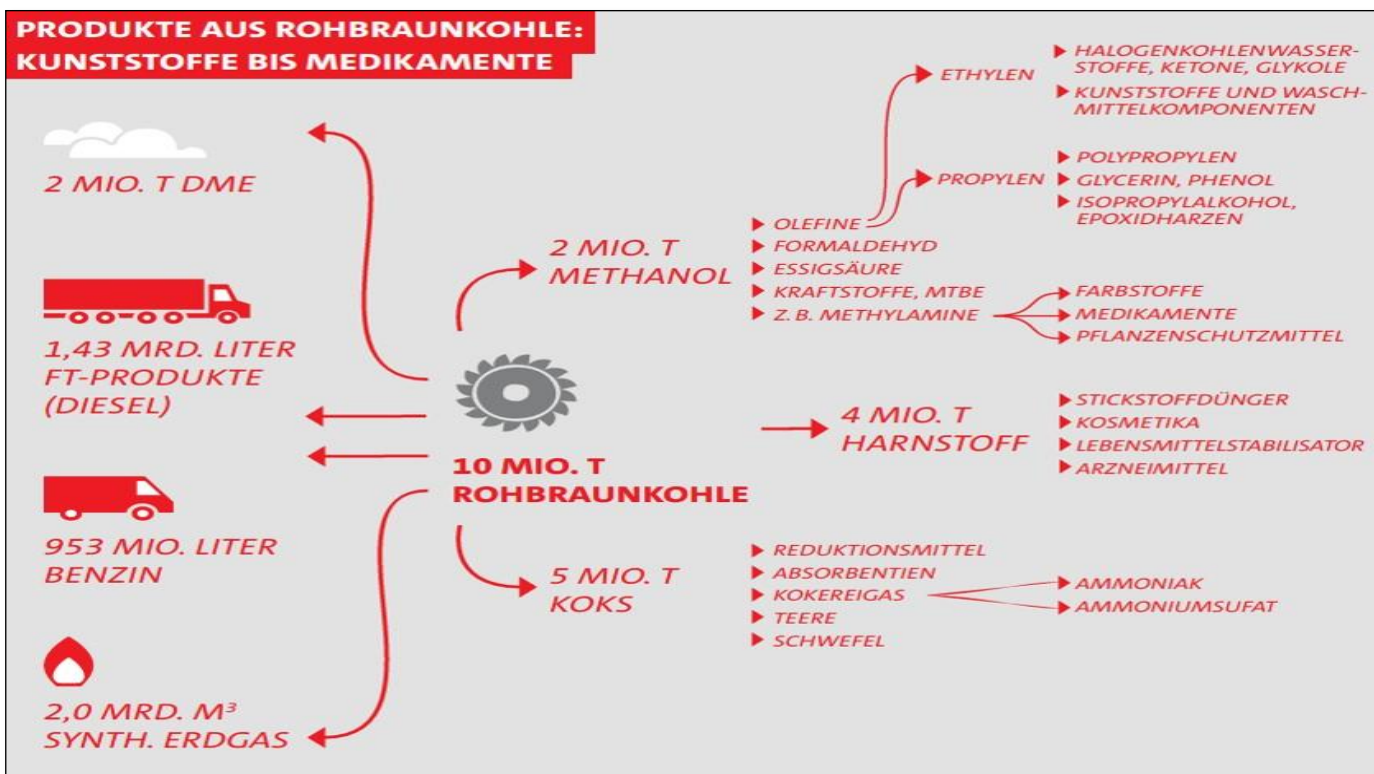
Auch das erneuerbare Angebot muss sich künftig an der Nachfrage und dem Markt orientieren, sonst gefährden wir dauerhaft die Energieversorgung in unserem Industrieland. Erst wenn die Erneuerbaren Energien wirtschaftlich speicherbar sind, ist das Ende der Braunkohleverstromung gekommen. Es gilt der Satz des früheren NRW-Ministers Klaus Matthiessen: „Bergleute verrät man nicht“. Und daran sollten wir uns alle halten. Wir sind leider derzeit von wirtschaftlichen Lösungen bei der Speicherung von Energie noch weit entfernt.



Wie weit wir in 30 Jahren sein werden, kann heute noch niemand genau voraussagen. Allerdings steht ganz eindeutig fest: Man kann aus Braunkohle viel mehr machen, als nur warmes Wasser und eine Turbine antreiben.



Die Braunkohle ist wertvoll und kann als Rohstoff in der chemischen Industrie genutzt werden. Der Kohlenstoff würde dann nicht verbrannt, sondern in Produkten gebunden sein. In China wird bereits großtechnisch Synthesegas für die Chemie aus Kohle erzeugt, da die Chinesen komplett auf Ölimporte für ihre chemische Industrie verzichten möchten. Trotz historisch niedrigem Ölpreis schaffen die das zu wettbewerbsfähigen Preisen. Als Sprecher der Landtags-Enquete-Kommission zur Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen habe ich eine Empfehlung aller Fraktionen des Landtags erreicht, diesen Weg auch mit rheinischer Braunkohle zu entwickeln. Perspektivisch könnte hier dann auch irgendwann Wasserstoff aus Überschussstrom eingekoppelt oder neben Braunkohle auch Biomasse in Synthesegas oder Methanol verwandelt werden. Ich denke, wir könnten so in den nächsten Jahrzehnten zurückgehende Kohlemengen in der Verstromung durch den Grundstoffeinsatz für



die Chemie-Industrie nutzen und so die Fördermengen in den Tagebauen insgesamt absichern. In der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) haben wir im letzten Jahr einen Ideenwettbewerb durchgeführt. Dabei sind 87 Projektvorschläge von Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Kommunen und Einzelpersonen zusammengekommen. Neben der stofflichen Nutzung der Braunkohle oder auch CO₂ ist da zum Beispiel eine Bioraffinerie-Anlage des Forschungszentrums Jülich in Zusammenarbeit mit der Zuckerfabrik von Pfeifer & Langen, ein modularer Hochleistungsstrahler am Solarcampus, einen Huminsäure-Herstellung aus oxidierte Braunkohle in Grevenbroich bis hin zu neuen Klimaschutzsiedlungen in Bedburg. Da sind richtig gute Sachen dabei! Wichtig ist, dass die Kommunen im Revier auch Möglichkeiten erhalten, neue Gewerbegebiete auszuweisen – gerade dann, wenn die Gemeindegebiete über viele Jahre durch Tagebautätigkeiten eingeschränkt waren.

Deutschland ist aktuell für etwa 2% der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Ich hoffe, dass nach der Pariser Klimakonferenz alle begriffen haben, dass man Klimaschutz nicht national lösen kann, sondern nur international. Insoweit ist sehr zu begrüßen, dass ein Abkommen zu Stande gekommen ist. Klar ist allerdings auch geworden, dass kaum ein Land in einen Weg vertraut, aus Kernenergie und Kohle gleichzeitig aussteigen zu wollen. In Großbritannien hat die konservative Regierung zwar einen Kohleausstieg erklärt – will jetzt aber mit neuen Atomkraftwerken die Kernkraft massiv ausbauen. Und wir ärgern uns, dass Belgien in Grenznähe jetzt uralte, gefährliche Pannen-Meiler länger laufen lässt. Wenn wir mit unserer Energiewende Vorbild für die Welt sein wollen, müssen wir uns immer wieder umschaun, ob uns jemand folgt. Sonst werden wir schnell zum Irrläufer. Wenn wir Klimaschutz betreiben, am Ende aber die Industrie weg ist und der Wohlstand dahin, dann wird in der Welt niemand unserem Weg folgen. Und dann ist auch für den Klimaschutz nichts erreicht.

Euer Guido van den Berg MdL (SPD-Kreisvorsitzender)

Kreisvorstand beschließt Positionspapier zur Flächennutzung

Der Kreisvorstand der Rhein-Erft SPD hat sich in seiner jüngsten Sitzung mit der Flächenpolitik im Rheinischen Revier befasst. Dabei wurden zehn Thesen formuliert, die den „Status quo“ in der Flächen- und Raumplanung der Region identifizieren, die chronologische Entwicklung aufzeigen und Konzepte vorstellen, wie künftig eine innovative Flächenpolitik betrieben werden sollte. Die zehn Thesen kurz zusammengefasst:

1. PLANUNG HAT BISLANG DIE VERGANGENHEIT ALS VORBILD: Der Braunkohlebergbau ist ein „Sonderfall in der Landesplanung. Bisher wurden parallele Entwicklungsmöglichkeiten für die Wirtschaft und für Arbeitsplätze nicht mit berücksichtigt.

2. WANDERnde TAGEBAUE KANnte MAN – FOLGEN AUSLAUFENDER TAGEBAUE SIND BISLANG UNBERÜcksICHTIGT: Für die ab dem Jahr 2030 schrittweise wegfallenden Arbeitsplätze und Strukturen müssen solide Alternativen gefunden werden.

3. DAUERHAfte FLÄCHENVERLUSTE DURCH HALDEN UND SEEN: Aus den auslaufenden Tagebauen werden größtenteils Halden und Restseen entstehen. Das bedeutet, dass die Flächen dauerhaft einer anderen Nutzung vorenthalten bleiben werden.

4. DER „STRUKTURWANDEL BRAUNKOHLERIEVIER“ UNTERSCHIEDET SICH VOM „STRUKTURWANDEL STEINKOHLERIEVIER“: Hinterließ der Strukturwandel im Steinkohlerevier über tage große Flächen, die in eine andere Nutzung überführt werden konnten, hinterlässt der Strukturwandel im Braunkohlerevier mit Halden und Restseen Flächen, die im Fall der Restseen bestenfalls touristisch, jedoch kaum anderweitig genutzt werden können.

5. SEIT JAHRZEHNTEn WURDEN FLÄCHENNUTZUNGEN VERDICHTET: Durch die Umsiedlungen von zum Teil ganzen Ortschaften hat sich die Flächennutzung verdichtet. Waren in vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten die Grundstücke größer, da die Gärten zur Selbstversorgung genutzt wurden, spielt in der modernen Gesellschaft diese Selbstversorgung keine Rolle mehr - die Gärten werden kleiner, die Wohngrundstücke damit auch und die Entschädigungssummern der Umsiedler werden eher in die Ausgestaltung des neuen Hauses als in die Grundstücksgröße investiert. Dies führt zu einer dichteren Konzentration in der Flächennutzung.

6. DAUERHAfte INFRASTRUKTURNACHTEILE BERÜcksICHTIGEN: Durch den Braunkohletagebau wurden historische Verkehrsverbindungen zerschnitten, die wieder hergestellt werden sollten. Durch Restseen und Halden wird dies nicht vollständig gelingen können.

7. TAGEBAUE MÜSSEN ALS WEGFALLEnde GEWERBEgEBIETE VERSTANDEN WERDEN: Der künftige Wegfall der Braunkohleförderung kommt einer Auflösung gewaltiger Gewerbegebiete gleich. Um Arbeitsplatzverluste kompensieren zu können, müssen im Rheinischen Revier in den nächsten 15 bis 20 Jahren ca. 500 Hektar zusätzliche Gewerbeflächen entstehen.

8. HILFE ZUR SELBSTHILFE GEBEN: Die beschriebenen Flächen-Nachteile der Region müssen durch die Landespolitik angemessen ausgeglichen werden. Dies kann für das Land NRW kostenneutral erfolgen und wäre eine „Hilfe zur Selbsthilfe“

9. INTEGRIERTE BETRACHTUNG DER IRR ALS PLANUNGSRAUM ERMÖGLICHEN: Der neue Landesentwicklungsplan setzt einen verstärkten Anreiz zur regionalen Zusammenarbeit, in dem er die Berücksichtigung regionaler Konzepte in der Regionalplanung in Aussicht stellt. Interkommunale und regionale Entwicklungskonzepte sollen frühzeitig mit den Regionalplanungsbehörden erörtert und in der Regionalplanung aufgegriffen werden.

10. FLÄCHENPROBLEMATIK DES BRAUNKOHLERIEVIERs AKTIV – UND NICHT PASSIV – ANGEHEN: Im Rahmen der IRR müssen raumbedeutsame Flächen identifiziert werden (z.B. Kraftwerksflächen). Sie müssen weiterentwickelt werden können, ohne auf den lokalen Bedarf angerechnet zu werden. Aufgabe der IRR sollte sein, Konzepte für solche raumbedeutsamen Flächen zu entwickeln.

Strukturwandel braucht Infrastruktur.

NRW-Verkehrsminister schlägt Erft-S-Bahn für Bedarfs- und Infrastrukturfinanzierungsplan vor – Verkehrsausschuss des Landtages stimmte einstimmig dafür

NRW-Verkehrsminister Michael Groschek hat dem Verkehrsausschuss des Landtages vorgeschlagen, die Erftbahn auf der Strecke Köln-Horrem-Bedburg zur Erft-S-Bahn auszubauen. Der Ausschuss stimmte dem Vorschlag jetzt zu. So könnten auf der Strecke künftig S-Bahnen im 20-Minuten-Takt verkehren. „Das ist eine gute Nachricht für die Menschen im Rhein-Erft-Kreis“, freut sich der SPD-Kreisvorsitzende Guido van den Berg über den Vorschlag des Ministers: „Wir kommen schrittweise einem großen Ziel näher.“

Neben dem Regionalrat Köln, der vorgeschlagen hatte, die Maßnahme in die Stufe 1 des ÖPNV-Bedarfsplans und in den NRW-Infrastrukturfinanzierungsplan aufzunehmen, hatte auch der SPD-Landtagsabgeordnete persönlich einen direkten Antrag an das Ministerium eingebracht, damit die Strecke, die bisher mit Regionalbahnen im 30-Minuten-Takt bedient wird, zur S-Bahn-Strecke S11 mit einem 20-Minuten-Takt ausgebaut werden kann.



Laut Guido van den Berg solle der Ausbau der Erftbahn zur S-Bahn einhergehen mit einem „Umklappen“ des Streckenastes der S12 Kerpen-Horrem-Düren auf den Streckenast Kerpen-Horrem-Bedburg. So sieht es die Beschlussvorlage des Ministers an den Verkehrsausschuss des Landtages am 14. April 2016 vor. Für die geplante Maßnahme werden rund 32 Millionen Euro kalkuliert. „Die Zweckverbandsversammlung des NVR habe bereits die Übernahme der Betriebskosten für die neue S-Bahn-Strecke S11 zugesichert“, erklärt der Landtagsabgeordnete und mahnt gleichzeitig: „In die Finanzierung des Projekts müssen auch Gelder aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungs-Programm des Bundes, dem sogenannten GVFG-Bundesprogramm, fließen.“

Nach den Ausführungen des NRW-Verkehrsministeriums rechtfertigt sich die Aufnahme der Maßnahme in die Stufe 1 des ÖPNV-Bedarfsplanes durch deren nachgewiesenen volkswirtschaftlichen Nutzen auf Basis der Kostenschätzung: Der aktuelle Nutzen-Kosten-Quotient der, zwischen den Beteiligten (Bund, Land und NVR), abgestimmten standardisierten Bewertung läge bei 3,26. Damit sei der nötige Nachweis erbracht.

Kreis-SPD appelliert an CDU: Zu Landtagswahlen das Wahlalter auf 16 senken

Die Rhein-Erft SPD appelliert an die CDU, ihre Blockade in der Wahlalter-Debatte aufzugeben und mit dafür zu sorgen, dass das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt wird. „Aus verfassungsrechtlicher Sicht bestünden keine Einwände, die es dem Land als Gesetzgeber verwehren würden, das Wahlalter zu senken. Umso mehr ist die Ablehnung dieses Reformvorhabens durch die CDU-Landtagsfraktion zu bedauern“, stellt Guido van den Berg, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter, fest. „Da der Landtag einer Reform mit Zwei-Drittel-Mehrheit zustimmen muss, kann das Gesetz mittelfristig so leider nicht geändert werden“, so van den Berg.



Der SPD-Kreisvorstand hatte in seiner jüngsten Sitzung über das Wahlalter beraten. Man sei davon überzeugt, dass Jugendliche heute in der Regel den notwendigen Reifegrad hätten, eine Wahlentscheidung zu treffen. „Auf kommunaler Ebene ist das Wählen ab 16 Jahren in Nordrhein-Westfalen bereits Gesetz. Unsere Demokratie lebt von einer regen Beteiligung aller Altersschichten. Ein früheres Wahlrecht ist ein klares Signal an die junge

Generation, dass sie von zentralen politischen Entscheidungen nicht ausgeschlossen ist - das beugt Politikverdrossenheit vor“, so van den Berg.

Viele landespolitische Entscheidungen betreffen Jugendliche direkt - entweder schon heute oder in ihrer Zukunft. Daher sollten junge Menschen die Möglichkeit haben, sich schon ab dem 16. Lebensjahr an Wahlen zu beteiligen. „Angesichts der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit durch G8 sind viele Schulabgänger erst 17 Jahre alt. Es ist ein Widerspruch, dass sie sich in diesem Alter beruflich orientieren und Entscheidungen für ihren Beruf treffen sollen, sich aber noch nicht an Landtagswahlen beteiligen dürfen. Deswegen gilt es, das Wahlalter zu senken“, so van den Berg abschließend.

Der kinderärztliche Notdienst im Rhein-Erft-Kreis bleibt vorerst erhalten

Im Rhein-Erft Kreis wird es vorerst auch weiterhin einen kinderärztlichen Notdienst geben. Die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein (KVNO) hatte jüngst bekannt gegeben, dass eine geplante Notdienstreform vorerst nicht umgesetzt wird und der „Status quo“ bis zum Jahresende erhalten bleibt. „Daraufhin habe ich bei der KVNO nachgefragt und bestätigt bekommen, dass dies auch für den kinderärztlichen Notdienst gilt. Die Entscheidung der KVNO, vorerst am kinderärztlichen Notdienst im Rhein-Erft-Kreis festzuhalten, begrüße ich“, freut sich der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Guido van den Berg über die Nachricht. Vergangenen Juli hatte sich van den Berg mit einem Schreiben an NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens gewandt und für den Erhalt des kinderärztlichen Notdienstes im Rhein-Erft-Kreis geworben. Außerdem hatte van den Berg, gemeinsam mit Kinderärzten aus dem Rhein-Erft-Kreis ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der KVNO, Herrn Dr. Peter Potthoff geführt. „Dass eine Zentralisierung der Dienste in die Stadt Köln und eine Ausdünnung des gesamten Notdienstangebotes im Rhein-Erft-Kreis nun gestoppt wird, ist für alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises eine gute Nachricht. Ich hoffe, dass die KVNO auch nach der Neuwahl der Vertreterversammlung im kommenden Sommer die Notdienstversorgung im Rhein-Erft-Kreis weiter stabil hält“, so van den Berg. Bei einem ausgedünnten Versorgungsnetz dürfte es, besonders für wirtschaftlich schwächere Patientinnen und Patienten ohne eigenes Auto sein, schwieriger werden, im Notfall zu einer Notdienstpraxis zu gelangen.

Rot-Grüne Landesregierung stärkt die polizeiliche Präsenz

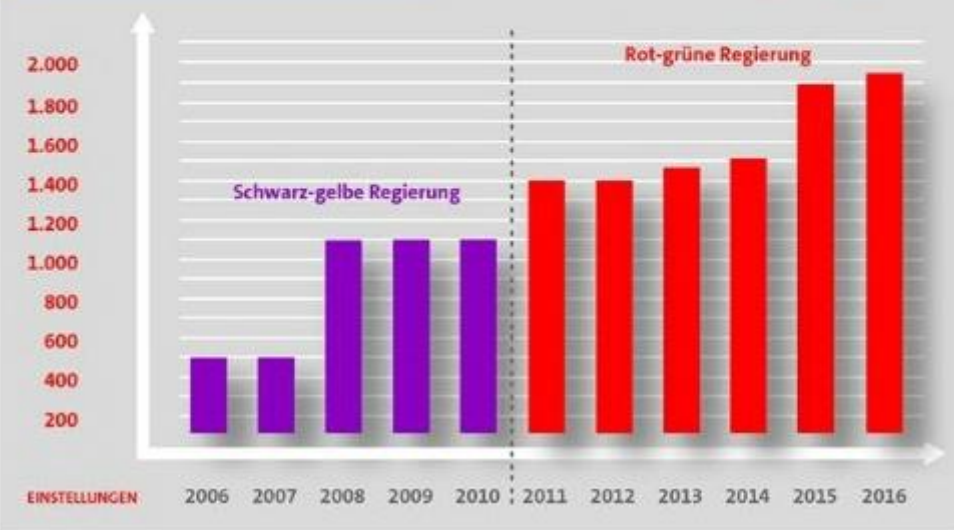
Die Landesregierung hatte unmittelbar nach den Ereignissen der Kölner Silvesternacht angekündigt, zur Stärkung der Inneren Sicherheit unter anderem die polizeiliche Präsenz auf der Straße zu verstärken. 500 Polizisten sollen zusätzlich eingesetzt werden. Dafür wurde einerseits die Möglichkeit geschaffen, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die kurz vor der Pensionierung stehen, ihren Dienst freiwillig um bis zu drei Jahre verlängern. Darüber hinaus werden in den sogenannten Schwerpunktbehörden – das sind Aachen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen und Köln – 250 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte zur Verfügung gestellt. „Diese sollen die Polizistinnen und Polizisten bei Verwaltungstätigkeiten entlasten, so können sie verstärkt ihre operativen Aufgaben auf der Straße wahrnehmen.“

Dabei soll einerseits die polizeiliche Präsenz und andererseits die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit gestärkt werden, vor allem mit den Schwerpunkten Straßen- und Eigentumskriminalität inklusive Sexualdelikten und Wohnungseinbruchsdiebstahl“, erklärt die Landtagsabgeordnete Dagmar Andres. „Die Verstärkung der Schwerpunktbehörden gelingt so ohne eine Einschränkung der Behörden aus den übrigen Regionen, denn auch diese werden um insgesamt 100 weitere Stellen verstärkt. Jede einzelne Behörde wird davon profitieren. Die Polizei bleibt damit in der Fläche stark. Es gibt keine Umverteilung zu Lasten des ländlichen Raumes. Die Kreispolizeibehörde des Rhein-Erft-Kreises bekommt zusätzlich 2 Tarifbeschäftigte“, so Guido van den Berg, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter. Die zunächst befristete Zuweisung der zusätzlichen 350 Stellen erfolgt nach Verabschiedung des 1. Nachtrags zum Haushalt 2016. Die Landtagsabgeordnete Brigitte Dmoch-Schweren: „Damit löst die Landesregierung ihr Versprechen ein. Die Stärkung der polizeilichen Präsenz ist Teil eines Gesamtprogramms zur Stärkung der Inneren Sicherheit.“

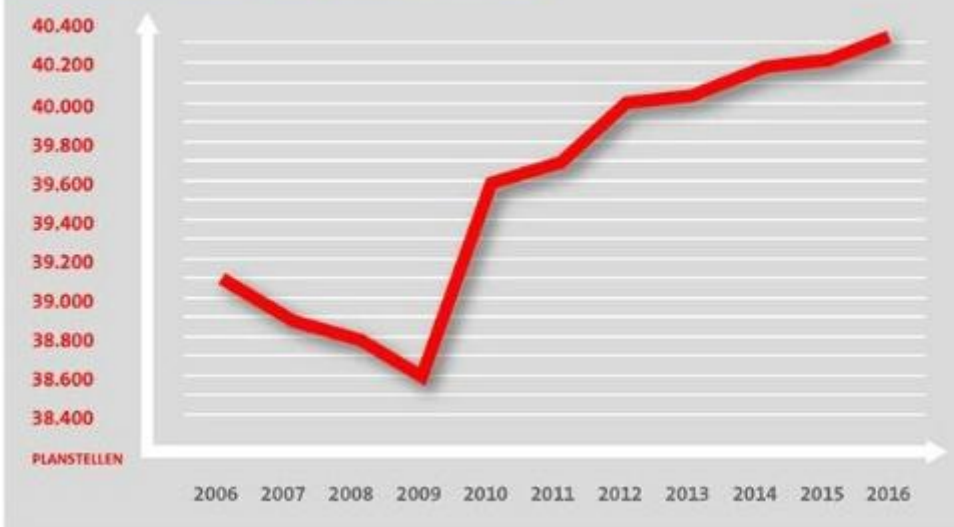
MEHR POLIZEI IN NRW #MACHEN_WIR



GEPLANTE EINSTELLUNGEN VON ANWÄRTER/INNEN KOMMISSAR/IN



GEPLANTE STELLEN FÜR POLIZEIBEAMTINNEN UND -BEAMTE IN NRW



IMPRESSUM:

Rhein-Erft SPD
Fritz-Erler-Straße 2 // 50374 Erftstadt
V.i.S.d.P.: Johannes Stracke (Kreisgeschäftsführer)
Tel.: 02235 – 927140
E-Mail: info@rhein-erft-spd.de

